

Wochenspiegel

Extra

Darüber diskutiert Frankreich

07. – 14.06.2024

Ergebnisse der Europawahlen:

Die Partei Rassemblement National hat bei den Europawahlen mit Abstand die meisten Stimmen erhalten.

Mit 31,37 % der Stimmen erzielte die rechtsextreme Partei ein Ergebnis, das mehr als doppelt so hoch ist wie das Ergebnis der Liste der Präsidentenmehrheit. RN liegt in 95 von 101 Departements an der Spitze. Der RN - der in der ID-Fraktion sitzt - erhält damit 30 Sitze (+7 im Vergleich zu 2019). Die von Valerie Hayer, der Vorsitzenden der Renew-Fraktion im Europäischen Parlament, angeführte Liste erzielte ein Ergebnis von 14,60 %. Die Liste erhält 13 Sitze (-10 im Vergleich zu 2019).

Parteienliste	Fraktion	Wahlergebnis		Sitze	
		%	+/-	Zahl	+/-
Rassemblement national (RN)	ID	31,37	+8,03	30	+7
Bündnis Renaissance, Horizons, MoDem, UDI	RENEW	14,60	-7,82	13	-10
Parti socialiste (PS-PP)	S&D	13,83	+7,64	13	+9
La France Insoumise (LFI)	GUE-NGL	9,89	+3,58	9	+4
Les Républicains (LR)	EVP	7,25	-1,23	6	-2
Les Écologistes	Grüne	5,50	-7,98	5	-5
Reconquête !	EKR	5,47	Neu	5	+5
TOTAL		87,91	+7,69	81	+2

Sieg der rechten Ränder. Dies war eine der Begründungen, die der Präsident der Republik für die Auflösung der Nationalversammlung anführte: Die Listen an den Rändern des politischen Spektrums erhielten 50,76%, davon fast 40% für die Listen der extremen Rechten.

Erdbeben nach den Wahlen: Kurz nach Bekanntgabe der Ergebnisse trat Präsident Emmanuel Macron vor die Kamera und verkündete die Auflösung der Nationalversammlung. Die Neuwahlen werden am 30. Juni (1. Wahlgang) und 7. Juli (2. Wahlgang) stattfinden. Die Parteien haben drei Wochen Zeit, um Wahlkampf zu machen.

Reaktionen: Diese Ankündigung sorgte für Überraschung, auch im Lager des Präsidenten. Viele halten die Entscheidung des Präsidenten der Republik für unverantwortlich und befürchten, dass die extreme Rechte in die Regierung einziehen könnte. Auch beim RN, der seit geraumer Zeit die Auflösung fordert und die Europawahlen zu einem Anti-Macron-Referendum gemacht hatte, ist eine gewisse Hektik spürbar.

Ist dies rechtlich zulässig? Mehrere Verfassungsrechtler sind der Ansicht, dass die Fristen gegen die Bestimmungen der Verfassung verstoßen. Sie reichten am Dienstagnachmittag beim Verfassungsrat eine Klage ein, um das vom Staatspräsidenten erlassene Dekret zur Einberufung der Wahlen für ungültig erklären zu lassen.

Mobilisierung der Regierungsmehrheit. Noch am 9. Juni forderte Emmanuel Macron alle seine Minister auf, bei den Parlamentswahlen zu kandidieren. Wirtschaftsminister Bruno Le Maire, der seit sieben Jahren im Amt ist, wird nicht kandidieren. Er hatte bereits 2022 nicht erneut kandidiert, da er der Ansicht ist, dass die Anzahl der Mandate von Abgeordneten auf drei begrenzt werden sollte. Andere Minister aus dem rechten Lager gaben an, nicht zu kandidieren, wie der Verteidigungsminister Sébastien Lecornu, der 2020 zum Senator gewählt wurde, oder auch Arbeitsministerin Catherine Vautrin.

Am 12. Juni startete Macron bei einer Pressekonferenz vor rund 100 Journalisten die Kampagne von Renaissance. Er ging auf die Auflösung der Nationalversammlung ein und stellte den Kurs seines Lagers vor, wobei er ein bürgerlich-konservatives Programm entwarf, das „republikanische Autorität auf allen Ebenen“ und „mehr Härte“, insbesondere bei der illegalen Einwanderung, verspricht.

Wie organisieren sich die Parteien in diesem Wettlauf gegen die Zeit? Die Fristen sind sehr eng gesteckt. Die Kandidaturen müssen bis zum 16. Juni eingereicht werden. Dies kann die Verhandlungen der Wahlbündnisse potenziell erschweren.

Renaissance. Stéphane Séjourné, der Generalsekretär der Partei und derzeitige Außenminister, erklärte, dass seine Partei und ihre Verbündeten keine Gegenkandidaten zu den gemäßigten scheidenden Abgeordneten des sogenannten „republikanischen Bogens“ (also alle außer RN und LFI) aufstellen werden.

Linksbündnis: „Populäre Volksfront – Front populaire“. Trotz der Differenzen zwischen ihnen, die besonders im Europawahlkampf deutlich wurden, haben La France insoumise, Parti socialiste, Les Écologistes und die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) beschlossen, ihr Bündnis von den Parlamentswahlen 2022 zu verlängern. Als Folge der Ergebnisse bei den Europawahlen könnten sich die Gleichgewichte zwischen den vier Parteien verschieben, auch wenn LFI die dominierende Komponente bleibt. Die Verteilung der Kandidaturen verändert sich wie folgt: LFI steigt von 326 (2022) auf 229 (2024) Kandidaten; PS-Place Publique steigt von 70 (2022) auf 170 (2024); Les Écologistes sinkt von 100 (2022) auf 92 (2024); die PCF behält 50 Kandidaten.

Wird es eine „Union des rechten Lagers“ geben?

Versuch einer Allianz zwischen RN und LR. Am Tag nach der Ankündigung der Auflösung der Nationalversammlung rief Marine Le Pen die Républicains zum Zusammenschluss mit ihrer Partei RN auf. Der LR-Vorsitzende Éric Ciotti reagierte positiv auf diesen Bündnisvorschlag, ohne die Gremien seiner Partei zu konsultieren. Dies sorgte beim Parteivorstand und den Abgeordneten der LR für Empörung. Am Ende eines chaotischen Tages (an dem Ciotti die Parteizentrale evakuieren und verriegeln ließ) stimmte der Vorstand für den Ausschluss Ciottis. Ciotti weigerte sich jedoch, von seinem Amt als Vorsitzender der LR und dem prestigeträchtigen Posten des Quästors der Nationalversammlung zurückzutreten, und behauptete, er habe die Unterstützung der Parteimitglieder. Ausgang ungewiss.

Marion Maréchal, ehemalige Spitzenkandidatin von Éric Zemmours rechtsextremer Partei Reconquête, wurde aus der Partei ausgeschlossen. Die Nichte von Marine Le Pen wurde zusammen mit drei anderen frisch gewählten Europaabgeordneten ausgeschlossen, nachdem sie die Wähler dazu aufgerufen hatte, bei den nächsten Parlamentswahlen für das Bündnis RN-LR statt für die Kandidaten ihrer derzeitigen Partei Reconquête zu stimmen. „Ich bin sowohl angewidert als auch verletzt“, sagte Zemmour auf dem Nachrichtensender BFMTV.

Édouard Philippe emanzipiert sich. Der ehemalige Premierminister, derzeitige Bürgermeister von Le Havre und Vorsitzende der Partei Horizons bleibt Verbündeter der Renaissance-Partei, kämpft aber für die Parlamentswahlen unter seinem eigenen Banner und nicht mehr unter dem Bündnis „Ensemble“ mit Renaissance und dem MoDem. Philippe betonte auch, er wolle den Républicains „die Hand reichen“, um eine „neue Mehrheit“ aufzubauen“.

DIE ZAHL DER WOCHE

51,49

Die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2024 lag bei 51,49% (+1,4 im Vergleich zu 2019). Drastisch niedriger ist die Wahlbeteiligung in den Überseegebieten, wo sie knapp über 20% liegt (starker Rückgang im Vergleich zu 2019).

3	7
5 0 3	6 5
4 2 8	3 1 2
7 4	9 6
9 8 2 0	1 6

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Was ist eigentlich eine Cohabitation? Sollte die Partei von Präsident Emmanuel Macron nach den vorgezogenen Wahlen im Juni überstimmt werden und eine Oppositionspartei die absolute Mehrheit erreichen, dann wäre Präsident Emmanuel Macron gezwungen, einen Premierminister aus der Partei zu ernennen, die die Wahlen gewonnen hat. In der Fünften Republik gab es nur drei Cohabitationen: 1986-1988 (François Mitterrand PS - Jacques Chirac RPR), 1993-1995 (François Mitterrand PS - Edouard Balladur RPR) und 1997-2002 (Jacques Chirac RPR - Lionel Jospin PS).